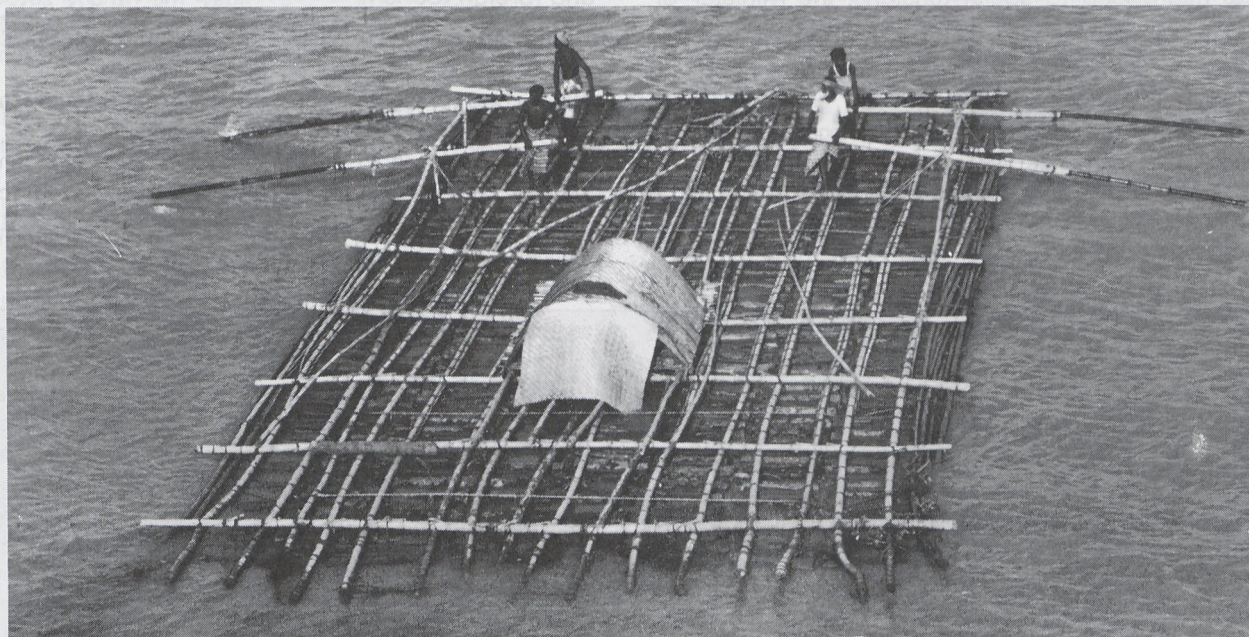


BANGLADESH

WAHLBEOBACHTUNG IST SCHWIERIG



Wohin treibt das 'Floß Bangladesh'? (Foto: P.A. Felix)

Im März fanden in Bangladesh 'Upazila'-Wahlen statt, über die 'Südasiens' bereits berichtete (Nr. 4-5/90). Der Beitrag von Philip Gain, der von P.A. Felix übersetzt wurde, beschäftigt sich nochmals mit den Wahlen vom Frühjahr und beschreibt die Schwierigkeiten, die Wahlbeobachtergruppen hatten.

Wahlbeobachtungen gibt es in Bangladesh erst seit kurzer Zeit. Während der im März dieses Jahres abgehaltenen Unterdistrikt Wahlen ('Upazila'-Wahlen) schlossen sich erstmals einige Menschenrechtsorganisationen mit einer Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und ausländischen Institutionen zu einer Wahlbeobachtergruppe zusammen.

Eine dieser Organisationen war das 'Coordination Council for Human Rights in Bangladesh' (CCHRB), das mit 30 Menschenrechtsgruppen und NROs die größte Wahlbeobachtergruppe stellte. Andere Organisationen waren das 'National Democratic Institute' (NDI) aus den USA, ein Team der 'South Asian Association for Regional Cooperation' (SAARC) sowie ein Team der amerikanischen Botschaft. Insgesamt wurden 798 Einzelbeobachter in 67 Unterdistrikte entsandt. Die Beobachter von CCHRB konnten zuverlässige Daten und Statistiken erarbeiten, waren allerdings nicht ausreichend genug auf ihren Einsatz in den jeweiligen Wahllokalen vorbereitet. Das CCHRB hatte sich für die Wahlbeobachtung entschieden um festzustellen, ob "freie Wahlen und ein fairer Wahlvorgang" im Sinne der Allgemeinen Menschenrechts-erklärung (Punkt 3, Artikel 21) in Bangladesh gewährleistet sein würden.

Eine schwere Aufgabe

Um die Arbeit eines Wahlbeobachters möglichst ungehin-

dert leisten zu können und dabei noch die Sicherheit der Beobachter zu garantieren, hatte das CCHRB die Regierung über das Innenministerium erstmals am 20. Januar dieses Jahres um eine offizielle Erlaubnis gebeten. Der Innenminister konnte jedoch mit der Begründung, er sei nur für die innere Sicherheit zuständig, keine entsprechende Zusage machen. Das Gesuch wurde deshalb an den obersten Wahlleiter weitergeleitet. Das CCHRB-Team wandte sich anschließend mit einem formalen Antrag erneut direkt an den obersten Wahlleiter, um wenigstens durch ihn die Erlaubnis zu erhalten. Aber eine endgültige Antwort blieb aus - sie wurde immer wieder verzögert. Immerhin gab der oberste Wahlleiter zwischendurch zu, ihm selbst seien die Hände gebunden, weil er eine Entscheidung von höchster Stelle abwarten müsse.

Nachdem auch ausländische Wahlbeobachter ihr definitives Interesse zugesagt hatten, sagte der Wahlleiter schließlich am 4. März zu - zehn Tage vor Wahlbeginn - für die Wahlbeobachter einen Legitimationsbrief auszustellen, der dann jedoch erst am Vorabend der Wahl, am 13. März, vorlag. Der Brief enthielt jedoch nicht die gewünschte, präzise Erlaubnis zur Wahlbeobachtung. Wegen der Verzögerung der Antwort hatten zwischenzeitlich einige größere Nichtregierungsorganisationen ihre Beteiligung wieder absagen müssen.

Unregelmäßigkeiten

Das Team des 'National Democratic Institute' war eher an der technischen Seite dieser Wahlen interessiert und daran, ein Gutachten zu entwerfen, das eine Übereinkunft zwischen Regierung und Opposition bezüglich möglicher Parlamentswahlen erleichtern sollte. Dementsprechend enthielt sich das 'Institute' jeglicher Kommentare über den eigenen Wahlbefund. Auch die Ergebnisse anderer Wahlbeobachter-Teams wurden nicht bekanntgegeben.

Die Ergebnisse von CCHRB zeigen, daß bei der Bevölkerung ein reges Interesse an diesen Wahlen bestand. (die Wahlbeteiligung lag bei knapp 60 Prozent). Öffentliches Interesse dafür, unfaire Wahlen zu verhindern, konnte ebenfalls festgestellt werden. CCHRB wies jedoch eine Reihe von Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen nach. Dazu gehörten:

- Minderjährige Wähler waren 'rekrutiert' worden;
- Minister der Regierung waren trotz eines Verbots für die 'Jatiyo Party' (Regierungspartei) engagiert, verteilten Hilfsgüter und versuchten, Wahlfunktionäre zugunsten der Regierungskandidaten einzuschüchtern;
- falsche Wahlzettel wurden in die Urnen gestopft;
- offizielle Wahlleiter oder -helfer wurden ausgesperrt, um regierungstreue einzuschleusen;
- Gewaltanwendung von Schlägertrupps brachten vor den Wahlen Unruhe;
- fehlende Unterschriften oder Daumenabdrücke oder gar das Fehlen von Namen auf den Wahllisten kam ebenso vor

wie die Registrierung von Wählern an mehreren Orten;

- Beamte stempelten Wahlzettel illegal schon im voraus oder ließen unliebsame verschwinden, sie kauften die Stimmen von Wählern oder schlossen die Wahllokale bereits vorzeitig.

Trotz großer Befürchtungen verliefen die Wahlen insgesamt relativ gewaltfrei, was durchaus als positive Veränderung zu früheren Wahlen zu bewerten ist. In einer Studie des 'Bangladesh Institute for Development Studies' (BIDS) wurde nachgewiesen, daß die meiste Gewalt dort zu verzeichnen war, wo die Kandidaten, die der Regierungspartei nahestanden, die Wahlen gewannen.

Die Vorschläge der Wahlbeobachter-Teams für die Verbesserung der Wahldurchführung enthalten folgende fünf Hauptforderungen:

- Minister dürfen die entsprechenden Wahlbezirke 48 Stunden vor der Wahl nicht mehr für Kampagnen bereisen;
- Wahlurnen sollen zum Auszählen der Stimmen in regionale Stimmzähl-Stationen gebracht werden;
- Eine Beschwerdeliste soll vom lokalen Wahlleiter für diejenigen bereitgehalten werden, die sich über Unregelmäßigkeiten beschweren möchten;
- Die Verteilung von Hilfsgütern im Zusammenhang mit Wahlen soll verboten werden;
- kein Kandidat soll die Genehmigung erhalten, öffentliche Einrichtungen für eine Wahlkampagne zu nutzen.



(Foto: Tom Learmonth)